

Schon die Vorlage des Regierungsrates zur Revision des Steuergesetzes kam nicht sehr ausgewogen daher. Aber wie jetzt die Vorberatende Kommission die Vorlage änderte, ist für uns jenseits von Gut und Böse. Anstelle von geplanten Steuererleichterungen im Total von Fr. 17.8 Mio., sowohl beim Kanton wie auch bei den Gemeinden ab dem Jahre 2010, sind nun solche von Fr. 54.5 Mio. angesagt. Begünstigt würden wieder einmal mehr einseitig die Vermögenden und die Unternehmen. Der Mittelstand wird sehr knapp gehalten, er erhält relativ wenige Steuererleichterungen. Von einer ausgewogenen Steuergesetzrevision kann also überhaupt nicht mehr die Rede sein. Aus Gewissensbissen wegen dieser Einseitigkeit beschloss dann wahrscheinlich die Vorberatende Kommission eine Erhöhung des Kinderabzuges, dies führt zu Minderausfällen von Fr. 3.6 Mio. ein Klacks zu den restlichen Steuerausfällen. Fazit: die geplanten Steuererleichterungen sind, wie schon bei der letzten Steuergesetzrevision, sehr einseitig ausgefallen. Und der Kantonsrat plant einmal mehr einen Raubzug auf die Kassen bei den Einwohnergemeinden: von den Fr. 54.5 Mio. weniger Steuereinnahmen gehen zu Lasten der Gemeinden Fr. 24.2 Mio.. Für uns unverständlich ist, dass diesem Raubzug mindestens die Gemeinden Baar und Risch positiv gegenüber stehen. Die SP-Fraktion wird zu einem grossen Teil die zusätzlichen Anträge der Vorberatenden Kommission ablehnen. Mit Spannung erwarten wir die Haltung vom Regierungsrat: beharrt er auf seinen Anträgen oder gibt er klein bei und schliesst sich den Anträgen der Vorberatenden Kommission an?

Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit für Planung und Umbau des Kantonalen Zeughauses zu. Inskünftig wird das Obergericht das Kantonale Zeughaus nutzen, die räumlichen Engpässe im Gericht werden behoben. Die Umnutzung ist unbestritten. Wir begrüssen es, dass das Sockelgeschoss nur roh saniert wird. Wir können es uns sehr wohl vorstellen, dass das Sockelgeschoss inskünftig für kulturelle Zwecke genutzt werden kann. Weil der Regierungsrat die ganze Raumplanung nicht rechtzeitig angepackt hat, man kann auch von Verschlafen reden, sollen wegen der Dringlichkeit nun ein gemeinsamer Kredit für die Planung und den Umbau gesprochen werden. Eine „knurrige“ SP-Fraktion stimmte trotzdem dem Kredit zu, missbilligt aber klar den Doppelkredit für Planung und Umbau.

Zustimmung fand auch der Kredit für die Inkonvenienzentschädigung bei der Hochspannungsleitung Baar-Nord und Steinhausen. Dank dem Einsatz

sowohl auf Seite Baudirektion wie auch der Gemeinde Baar kommt es nun zu einer anderen Linienführung, die jedoch Entschädigungen an betroffene Landbesitzer nach sich ziehen. Wir begrüssen es, dass Fr. 500'000.-- explizit für den Landschaftsschutz und für Naherholungseinrichtungen ausgerichtet werden. Vermerkt wurde in der Diskussion auch der unterschiedliche Einsatz der Behörden bei dieser Hochspannungsleitung gegenüber der Hochspannungsleitung, die über Inwil führt.

Die Festsetzung der Tunnelportale für die Umfahrung Unterägeri ist aus raumplanerischer Sicht sinnvoll, wir stimmen dem zu. Wie dann die politische Debatte und Diskussion um das Generelle Projekt und die Planung und Bau herauskommen wird, ist völlig offen. Die Notwendigkeit des Tunnels ist mit der Festsetzung noch in keiner Weise abgesegnet.

Die SP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung des Postulates von Christina Huber zur kostenlosen Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus. Wir sehen hier viel mehr Spielraum für den Kanton Zug als dies der Regierungsrat wahrhaben will. Nutzen wir dies!